

17.09.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

Versprochen – Gebrochen: Rot-Grüne Mangelpolitik verschlechtert Studienbedingungen – Millionen für Qualitätsverbesserungen fehlen

I. Ausgangslage

Im Februar 2011 beschloss das Parlament mit rot-rot-grüner Mehrheit, den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit zur Erhebung sozialverträglicher Studienbeiträge für Qualitätsverbesserungen ab dem Wintersemester 2011/2012 zu nehmen. Rot-Grün hatte seinerzeit versprochen und zugesichert, die Einnahmeverluste aus dem Landeshaushalt auszugleichen. Bereits bei der Verabschiedung dieses Gesetzes und insbesondere in der Folge wurde diese Zusage jedoch nicht erfüllt.

Entgegen aller rot-grünen Beteuerungen werden die Einnahmeverluste der Hochschulen nicht umfassend und verteilungsgerecht kompensiert. Denn die Summe der sogenannten „Kompensationsmittel“ ist statisch auf 249 Millionen Euro gedeckelt – eine Anpassung an steigende Studierendenzahlen erfolgt nicht. Hinzu kommt, dass sich diese Summe auf alle öffentlich geförderten Hochschulen verteilt – auch auf jene, die zuvor keine oder reduzierte Studienbeiträge erhoben hatten.

Im Basisjahr der „Kompensationsmittel“ (Wintersemester 2009/2010) studierten rund 398.000 junge Menschen an den Hochschulen, die Studienbeiträge erhoben. Im Wintersemester 2012/2013 studierten an den Hochschulen, die seit 2011 im Zuge des Wegfalls der Studienbeiträge „Kompensationsmittel“ erhalten, bereits 550.000 Studierende. Das führt zu folgender prekären Entwicklung: Von 31 Hochschulen, die bis zum Wegfall der Studienbeiträge Beiträge erhoben haben, stehen 27 Hochschulen pro Studierenden 20 bis 45 Prozent erheblich weniger Mittel für die Verbesserungen der Studienbedingungen pro Jahr zur Verfügung. Aufgrund des Studierendenanstiegs wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. So beliefen sich die Einnahmeverluste der Hochschulen ohne Berücksichtigung der steigenden Studierendenzahlen 2011 und 2012 bereits auf 18,5 bzw. 20 Millionen Euro, dieses Jahr betragen sie schon 22 Millionen Euro (vgl. LT-DRS 16/3843, 16/640, 15/2577) – die steigenden Studierendenzahlen mit einkalkuliert sogar rund 47 Millionen Euro.

Datum des Originals: 17.09.2013/Ausgegeben: 17.09.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Pro Kopf sind die Mittel, die zur Verbesserung der Studienbedingungen vorgesehen waren, von 606 Euro nunmehr auf 487 Euro pro Jahr stark gesunken. Der doppelte Abiturjahrgang wird dieses Problem im kommenden Semester nochmals verstärken – pro Studierenden wird dann nochmals weniger Geld für gute Studienbedingungen zur Verfügung stehen.

Vor allem die Hochschulen, die von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, Studienbeiträge in Höhe des Maximalbetrages von 500 Euro pro Semester zu erheben, müssen hohe Einnahmeverluste für die Verbesserungen der Studienbedingungen verkraften. Vor allem diese Hochschulen sind Verlierer der rot-grünen Hochschulpolitik.

Beispielweise muss die RWTH Aachen, die einen Studienbeitrag von 500 Euro pro Semester erhoben hatte, bei einem Studierendenaufwuchs von rund 5.000 Studierenden im Vergleich zum Wintersemester 2009/2010 mit über 4,5 Millionen Euro weniger im Jahr auskommen. Die relativ kleine Robert Schumann Hochschule für Musik in Düsseldorf muss bei dem Etat für Verbesserungen der Studienbedingungen trotz steigender Studierendenzahl Einnahmeverluste von rund 45 Prozent hinnehmen.

Ausgerechnet in einer Phase, in der besonders viele junge Menschen in einem Hochschulstudium ihre Vorbereitung auf einen Beruf suchen, fehlen den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen damit Millionen für Qualitätsverbesserungsmaßnahmen. Die Auswirkungen sind deutlich spürbar: Schon jetzt werden Bibliotheks-Öffnungszeiten reduziert, Verträge von wissenschaftlichem Personal und Studienfachberatern nicht verlängert, Übungsstunden gestrichen, Tutorien eingestellt, die Kurse müssen von immer mehr Studierenden gleichzeitig besucht werden und Seminare platzen aus allen Nähten. Die Qualität des Studiums leidet. Es ist absehbar, dass die Hochschulen bald wieder auf dem Niveau der Jahre 2004 oder 2005 lehren müssen.

Bei den weiter zu erwartenden ansteigenden Studierendenzahlen werden die sich derzeit schon abzeichnenden Qualitätseinbußen leider weiter zunehmen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Rot-Grün schwächt die Hochschulen, statt sie für die kommenden Herausforderungen zu stärken.

Verlierer sind in besonderer Weise die jungen Menschen. Die Ankündigung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, „Kein Kind zurücklassen“, entpuppt sich damit erneut als Etikettenschwindel für Qualitätsverlust. Die Abschaffung der Studienbeiträge wurde als sozialpolitische Heldentat gefeiert. Aufgrund der unzureichenden Kompensation müssen aber die Studierenden mit verschlechterten Studienbedingungen sowie die Beschäftigten an den Hochschulen mit enormer Arbeitsverdichtung und unklaren Beschäftigungsperspektiven einen hohen und unangemessenen Preis dafür bezahlen.

II. Beschlussfassung

Die Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen müssen sich verbessern, statt sich immer weiter zu verschlechtern.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, die Verbesserung der Studienbedingungen und die Aufstiegschancen aller Studierenden ins Zentrum ihrer Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu stellen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth

und Fraktion